

## Offener Brief an die österreichische Zivilgesellschaft

Aktuell sind wir dazu aufgefordert, uns mit den Schicksalen jener Menschen zu beschäftigen, die ihre Heimat verlassen mussten, weil sie dort nicht länger sicher sind. Viele von diesen Personen stammen aus Syrien, Afghanistan, Eritrea, Somalia und dem Sudan<sup>1</sup> - aus Ländern, die durch Krieg, Terror, bewaffnete Konflikte und/oder Verfolgung gekennzeichnet sind. Wir – die Verfasser\_innen und Unterzeichner\_innen dieses Briefes – wenden uns hiermit an die Öffentlichkeit, um deutlich sichtbar zu machen, dass wir uns zutrauen, in dieser Situation Verantwortung zu übernehmen: (1) Als Menschen, (2) als Europäer\_innen, (3) als in Österreich lebende Menschen, (4) als engagierte Zivilgesellschaft, (5) als Forschende und Lehrende an österreichischen Universitäten, Fachhochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Wir wollen dazu ermutigen, nicht nur gemeinsam nachzudenken, sondern ebenso nachhaltige Lösungen zu entwickeln und konkrete Handlungen zu setzen, um geflüchteten Personen menschenwürdig, respektvoll und fair zu begegnen.

(1) Als Menschen wollen wir uns daran erinnern, dass das Gewährleisten von Schutz für durch Krieg oder Verfolgung geflüchtete Personen historisch auf eine lange Tradition verweist und durch die Vereinten Nationen auch völkerrechtlich legitimiert wurde.<sup>2</sup> Ebenfalls wollen wir uns darin bestärken, geflüchteten Personen mit Respekt gegenüberzutreten: anzuerkennen, dass sie „frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind“<sup>3</sup> wie alle anderen Menschen auch und wir unter dieser Prämisse zu Solidarität verpflichtet sind. Dass die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ von 1948 in diesem Zusammenhang wiederholt eingemahnt werden muss, erfüllt uns mit Sorge.

(2) Als Europäer\_innen blicken wir zurück in die Geschichte der EU, deren Ursprünge in dem Ziel, „den häufigen und blutigen Kriegen zwischen Nachbarn ein Ende zu bereiten“<sup>4</sup> wurzeln. Als europäische Solidargemeinschaft bekennen wir uns zu gemeinsamen Grundrechten und verweisen explizit auf Artikel 18 („Asylrecht“) der EU-Charta<sup>5</sup>. Würde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität sind Schlagworte, die ernst genommen, mit Inhalt versehen und als Teil des kollektiven Selbstverständnisses und gesellschaftlichen Miteinanders vor allem auch gelebt werden müssen – auch denjenigen Personen gegenüber, die nicht mit einer EU-Staatsbürgerschaft und den damit einhergehenden Freiheiten und Rechten ausgestattet wurden. Das in den letzten Monaten oftmals zitierte Dublin III-Abkommen sei ebenfalls in Erinnerung gerufen, das als Ziel einer gemeinsamen Asylpolitik fordert, „schrittweise einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts aufzubauen, der allen offen steht, die wegen besonderer Umstände rechtmäßig in der Union um Schutz nachsuchen“<sup>6</sup>. Letztlich verweisen wir auch auf die Verantwortung einer Staatengemeinschaft, der 2012 der Friedensnobelpreis für den „erfolgreichen Kampf für Frieden, Demokratie und Menschenrechte“<sup>7</sup> verliehen wurde: Beweisen wir, dass wir dieser Auszeichnung (auch weiterhin) gerecht werden.

---

<sup>1</sup> Vgl. UNHCR

<sup>2</sup> Erinnert sei hier an die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 sowie auf das New Yorker Protokoll von 1967

<sup>3</sup> Vgl. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 1

<sup>4</sup> Vgl. Europäische Union

<sup>5</sup> Vgl. Europäische Union

<sup>6</sup> Vgl. Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates, Artikel 2

<sup>7</sup> Norwegisches Nobel Komitee

(3) Als in Österreich lebende Menschen rufen wir uns in Erinnerung, dass die in der Verfassung eindeutig festgelegten und gewährleisteten Grundrechte jedem Menschen zustehen<sup>8</sup>. Dies sei mit einem Blick auf die jüngere Geschichte veranschaulicht: Bis 1989 trennte uns der mehrere hundert Kilometer lange Eisernen Vorhang von unseren Nachbar\_innen, die zu Tausenden versuchten, auf die österreichische, „sichere Seite“ zu fliehen. 1989 flohen 50 000 DDR-Bürger\_innen über die burgenländische Grenze nach Österreich<sup>9</sup>. Die in diesem Zusammenhang genannte oftmals spontane Hilfsbereitschaft der in Österreich lebenden Menschen soll uns heute als Beispiel für die gegenwärtige Situation dienen: „ohne großes Aufheben, selbstverständlich und vor allem einfühlsam in die Nöte der Flüchtlinge“<sup>10</sup>. Ebenso wohlwollend in Österreich aufgenommen wurden 1956/57 180 000 Personen, die in Folge des Ungarn-Aufstandes Schutz suchten<sup>11</sup>; 180 000 Tschech\_innen und Slowak\_innen, die 1968 vor dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen flohen<sup>12</sup> sowie 115 000 Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die in den 1990er-Jahren binnen kürzester Zeit selbstverständlicher Teil der österreichischen Gesellschaft wurden<sup>13</sup>. In diesem Sinne appellieren wir an die in diesem Land lebenden Personen, insbesondere auch dann couragiert zu handeln, wenn Menschen aus weit entfernten Regionen bei uns Schutz suchen.

(4) Laut Artikel 1 der österreichischen Bundesverfassung geht das Recht der demokratischen Republik Österreich vom Volk aus<sup>14</sup>. In diesem Sinne betrachten wir uns nicht nur als engagierte Zivilgesellschaft, sondern auch als politische Verantwortungsträger\_innen. Dem freiwilligen Engagement, das wir als Privatpersonen und/oder ehrenamtliche Mitarbeiter\_innen bei NGOs in den letzten Wochen, Monaten und teilweise auch Jahren aufgebracht haben, ist es weitestgehend zu verdanken, dass geflüchtete Menschen trotz aller Widrigkeiten menschlich und herzlich empfangen wurden bzw. werden. Durch unseren Einsatz haben wir auch die Möglichkeit, einen kleinen Beitrag zu nachhaltigen Veränderungen zu leisten: Zum Beispiel, indem wir uns mit Geflüchteten austauschen und unsere Erfahrungen im eigenen (privaten) Umfeld weitergeben – in der Hoffnung, so zu einem Klima des gegenseitigen Respekts und der Achtung der Würde beitragen zu können. Wir sehen es als unseren Auftrag, dies mit allen uns zur Verfügung stehenden Ressourcen weiterhin zu tun, verweisen jedoch ebenso auf die Notwendigkeit, seitens der Republik geeignete Strukturen zur Verfügung zu stellen, die den unermüdlichen Einsatz der Zivilgesellschaft unterstützt und auf ein tragbares Maß reduziert.

(5) Natürlich gehen die aktuellen Entwicklungen mit besonderen Herausforderungen einher, welche oftmals angstbesetzt erlebt werden. Dabei sehen wir es als unsere Verantwortung, diese Herausforderungen objektiv zu thematisieren und lösungsorientiert zu bearbeiten, anstatt sie einzig gezielt Ängste schürenden Kräften zu überlassen. Dabei ist mit einem kritischen Blick fernab von emotionaler Betroffenheit festzustellen, dass ein Großteil dieser gesellschaftspolitischen Herausforderungen - beispielsweise im Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Inklusionsbereich - keineswegs genuin durch die aktuelle Flüchtlingssituation ausgelöst wurde, sondern lediglich bereits bestehende nationale und europäische Problemlagen deutlicher zu Tage treten lässt. Diesen Herausforderungen muss zukünftig verantwortungsbewusst und mit besonderer Aufmerksamkeit begegnet werden. Dabei können wir den gegenwärtigen Moment auch als Chance verstehen, bereits jetzt gemeinschaftlich an neuen,

---

<sup>8</sup> Vgl. Bundes-Verfassungsgesetz

<sup>9</sup> Vgl. Szorger und Bayer 2009 (Szorger, P. und Bayer, P. (2009): Das Burgenland und der Fall des Eisernen Vorhangs. Eisenstadt: Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland, Band 132)

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 25

<sup>11</sup> Vgl. UNHCR

<sup>12</sup> Vgl. UNHCR

<sup>13</sup> Vgl. Medienservicestelle

<sup>14</sup> Vgl. Bundes-Verfassungsgesetz

innovativen Strategien zu arbeiten, die Formen der Entstehung und Reproduktion von Ausgrenzung und Benachteiligung verhindern oder minimieren.

(6) Als Forschende und Lehrende an österreichischen Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen erkennen wir – bedingt durch den unseren Dienstverhältnissen innewohnenden Forschungs- und Bildungsauftrag – auch das Potential, gesellschaftliche Verantwortung ernst zu nehmen und unsere Lösungskompetenz gezielt zu Verfügung zu stellen. Hierzu zählen beispielsweise Kompetenzen im Bereich der Bildung, Ökonomie, Soziologie, Technologie, Rechtswissenschaften, Medizin, Sozialpolitik, im psychosozialen Bereich und der nachhaltigen Entwicklung. Diese können auf vielfältige Weise nutzbar gemacht werden: in der Lehre durch den Austausch mit Studierenden; in der Forschung durch das Bereitstellen von Expertise wie auch neuer Erkenntnisse; in globalem Kontext durch die Vernetzung mit ebenso engagierten internationalen Wissenschaftler\_innen. Auch möchten wir darauf verweisen, dass durch österreichische Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine Vielzahl von Mitarbeiter\_innen, aber auch Studierende und Alumni sowie die Öffentlichkeit mit Informationen versorgt werden können, welche gemäß dem Grundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre sowie auf wissenschaftlichen Grundlagen basierend zur Verfügung gestellt werden können.

Wir sehen es daher nicht nur als unabdingbare Notwendigkeit, sondern auch als enormes Potential für die Zukunft an, als Europäer\_innen, in Österreich lebende Menschen, engagierte Zivilgesellschaft sowie als Forschende und Lehrende an österreichischen Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen nachhaltig und sinnvoll dazu beizutragen, denjenigen Personen, die in diesem Land Schutz suchen, auf Grundlage der einzig denkbaren Maximen zu begegnen: solidarisch, respektvoll, wertschätzend und unter Achtung ihrer Würde.

Hochachtungsvoll,  
die Unterzeichner\_innen

**Unterstützer\_innen (in alphabetischer Reihenfolge):**

Univ. Prof. Dr. med. Ernst BERGER  
Kinderpsychiater  
Medizinische Universität Wien

Univ. Prof. Dr. Gottfried BIEWER  
Institutsvorstand  
Institut für Bildungswissenschaft  
Universität Wien

Univ.-Prof. Dipl.-Bw. Dr. Ulrich BRAND  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Wien

Univ. Prof. Dr. Caslav BRUKNER  
Institutsvorstand  
Institut für Quantenoptik und Quanteninformation

Österreichische Akademie der Wissenschaften

Univ. Prof. Dr.<sup>in</sup> Petra DANNECKER, M.A.  
Institutsleitung  
Institut für Internationale Entwicklung  
Universität Wien

em. o. Univ. Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Dietmar DIETRICH  
Institut für Computertechnik  
Technische Universität Wien

Univ. Prof. Dr. Christopher GERNER  
Institutsvorstand  
Institut für Analytische Chemie  
Universität Wien

Assoz. Prof. Mag. Dr. Gerit GÖTZENBRUCKER, Privatdoz.  
Vizedekanin für Nachwuchsförderung der Fakultät für Sozialwissenschaften  
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft  
Universität Wien

Prof. Dr. Johannes GRILLARI  
Institut für Biotechnologie  
Universität für Bodenkultur

Univ. Prof. Dr. Dietmar HALTRICH  
Institutsvorstand  
Institut für Lebensmitteltechnologie  
Universität für Bodenkultur

Prof. Dr. Stephan HANN  
Abteilung für Analytische Chemie  
Universität für Bodenkultur

Ass. Prof. Dipl. Ing. Dr. Andreas HOFINGER-HORVATH  
Department für Chemie  
Universität für Bodenkultur Wien

Prof. Dr. Gunda KÖLLENSPERGER  
Stv. Vorstand  
Institut für Analytische Chemie  
Universität Wien

Univ. Prof. Dr. Paul KOSMA  
Institutsvorstand  
Institut für Organische Chemie  
Universität für Bodenkultur

Univ. Prof. Mag. Dr. Peter A. LIEBERZEIT  
Studienpräses an der Universität Wien  
stv. Vorstand des Instituts für Analytische Chemie

Universität Wien

ao. Univ. Prof. Doz. Dr. Andreas NOVY  
Stv. Institutsvorstand des Institute for Multi-Level Governance and Development  
Mitglied der Evaluierungskommission des WU-Senats  
Wirtschaftsuniversität Wien

Univ. Prof. Dr. Christian OBINGER  
Institutsvorstand  
Institut für Biochemie  
Universität für Bodenkultur

Priv. Doz. FH-Prof. Dr. Michael SAUER  
Institut für Biotechnologie  
Universität für Bodenkultur

Univ. Prof. Dr. Walther SCHMID  
Institutsvorstand  
Institut für organische Chemie  
Universität Wien

Univ. Prof. Dr. Thorsten SCHUMM  
Atominstitut  
Technische Universität Wien

ao. Univ. Prof. Mag. Dr. Gerhard SENFT  
Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte  
Wirtschaftsuniversität Wien

Mag.<sup>a</sup> Anna STEIGER  
Vizerektorin für Personal und Gender  
Technische Universität Wien

Univ. Prof. Dr. Gerhard Josef STINGEDER  
Vorstand Institut für Analytische Chemie  
Universität für Bodenkultur